

„Kein Platz für Gewalt gegen Frauen\*“

Mit dem Slogan bewegt das Bündnis *Lübeck wird Orange* in diesen Tagen die Stadt und macht mit ihrer Plakettenaktion auf geschlechtsspezifische Gewalttaten gegen Frauen\* aufmerksam. Anlass für die Aktion ist der Internationale Gedenktag für die Abschaffung von Gewalt an Frauen, der jährlich am 25. November begangen wird. Beidseitig bedruckt und mit einem Durchmesser von etwa 15cm sollen die Plaketten in Geschäften, Beratungsstellen und weiteren öffentlichen Orten verteilt und ausgehängt werden.

Ziel der Aktion ist es, das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt vom gesellschaftlichen Rand in die Mitte zu befördern. Gewalt gegen Frauen\* und Mädchen\* stellt auch weiterhin noch ein Tabuthema dar, das für viele Betroffene mit Angst und Scham besetzt ist. Die Plaketten sollen für Sichtbarkeit sorgen und die Möglichkeit bieten, eine klare Haltung gegen Gewalt an Frauen\* auszusenden.

Dass noch viel zu tun ist, verdeutlicht auch die erstmals erschienene polizeiliche Kriminalstatistik zur geschlechtsspezifischen Gewalt. Diese Statistik verzeichnet für das Jahr 2023 938 versuchte und vollendete Tötungsdelikte an Frauen\* und Mädchen\*. In 360 Fällen kam es zu vollendeten Femiziden, also der Tötung einer Frau\*, weil sie eine Frau\* ist. Besonders gefährdet werden Frauen durch ihren Partner oder Ex-Partner. Zugrunde liegt dem Phänomen eine ablehnende Haltung zu geschlechtsbezogener Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung.

In Lübeck musste die Polizei im vergangenen Jahr 712 Mal ausrücken, um in Fällen von Partnerschaftsgewalt einzugreifen. Dieser sehr hohe Wert auch im schleswig-holsteinischen Vergleich reflektiert allerdings nicht zwingend ein höheres Gewaltvorkommen, sondern vor allem eine höhere Anzeigenbereitschaft der Betroffenen. Es ist ein Beleg für eine gute Netzwerkarbeit gegen Gewalt an Frauen sowie kurze Wege und Vertrauen in die Hilfsstrukturen.

„Trotzdem reicht es nicht,“ sagt Natalie Lessin, Koordinatorin des Netzwerkes KIK bei häuslicher Gewalt. „Es braucht eine ernsthafte Umsetzung der Istanbul-Konvention. Sowohl in gesetzlicher als auch gesellschaftlicher Hinsicht gibt es viel Nachholbedarf. Da die Frage nach geschlechtsbezogener Gleichwertigkeit alle betrifft, muss eine gesamtgesellschaftliche Bewegung entfacht werden.“

Die Hoffnung liegt dabei auch auf der Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes, das die Bundesregierung bereits im Koalitionsvertrag angekündigt hatte. Fraglich ist allerdings, ob dieses unter den derzeitigen Bedingungen noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden kann.

An der Bündnisarbeit von *Lübeck wird Orange* beteiligten sich insgesamt 11 Institutionen, darunter verschiedene Beratungsstellen, Frauenverbände und das Lübecker Frauenbüro. Im Aktionszeitraum, der noch bis in den Dezember hinein dauert, finden zahlreiche Veranstaltungen statt, die aus verschiedenen Perspektiven über dieses tiefgreifende Problem informieren und Anregungen zum Austausch bieten. Nähere Hinweise dazu finden sich im Newsletter des Lübecker Frauenbüros.